

Plenarrede im Deutschen Bundestag zur Debatte um die Verlängerung des ISAF-Mandates am 16.10.08

(Schriftl. Entwurf vom 16.10.08) Vor 18 Tagen haben Taliban sie erschossen – Malalai Kakar, die bekannteste Polizistin Afghanistans. Welche Eiskälte spricht aus den Worten von Jusuf Ahmadi, Taliban-Sprecher: „Sie war unser Ziel, und wir haben unser Ziel eliminiert.“ So reden Hinrichter

Wofür stand Malalai Kakar? Sie war die erste Frau, die nach der Vertreibung der Terroristen Polizistin wurde. Frauen durften unter der Taliban-Herrschaft nicht arbeiten gehen, das Haus nur mit einem männlichen Verwandten verlassen. Von den etwa 80 000 Polizisten Afghanistans sind einige hundert Frauen. Malalai Kakar war Chefin einer Einheit von 10 Polizistinnen in Kandahar. Vor dem Anschlag war sie vielen Drohungen ausgesetzt. Ihre Mörder ziehen eine Blutspur hinter sich her. Vor zwei Jahren wurde die Frauenministerin der Provinz Kandahar ermordet, im Juni in Herat die erste Polizistin.

Die Aufgabe von Malalai Kakar war es, zu ermitteln, wenn es um Gewalt gegen Frauen und Kinder ging. Ihre Mörder warteten vor ihrem Haus. Als sie zur Arbeit fahren wollte, begleitet von ihrem Sohn, töteten die Taliban sie, die sechsfache Mutter, und verletzten ihren Sohn lebensgefährlich.

Wer dem vorgelegten Antrag der Bundesregierung nicht zustimmt, der muss die Frage beantworten: dürfen wir die Menschen in Afghanistan im Stich lassen? Ich mag nicht glauben, dass dies der Wille derer ist, die den Antrag ablehnen oder sich der Stimme enthalten.

Und doch ist unabweisbar richtig: allein ein Ja zum ISAF-Mandat eröffnet die reale Möglichkeit, dass Afghanistan vorangehen kann auf dem Weg in eine von den Menschen selbst bestimmte Zukunft.

Was würde geschehen, wenn Sie mit Ihrem Nein die Abstimmung für sich entscheiden würden?

Glauben Sie wirklich, dann würde Frieden herrschen?

Ist nicht wahrscheinlicher, wir kämen zurück in die Zeit vor dem 11. September 2001?

Mariam Notten sagt dazu in der taz:

„die Taliban und Al Qaeda würden innerhalb einer Woche die Oberhand über das Land gewinnen und von dort aus nicht nur Afghanistan sondern die ganze Welt terrorisieren.“

Vorgestern hat der Weltsicherheitsrat über die Lage in Afghanistan offen debattiert. Zuvor hatte der Generalsekretär seinen ungeschminkten Bericht veröffentlicht. Ein „gemischtes Bild“ präsentiert das Land. Danach habe sich die Situation verschlechtert, besonders, was die Sicherheit anbetrifft.

Asymmetrische Angriffe gegen die Regierung seien erheblich verstärkt worden. Die Zahl der Übergriffe auf Zivilpersonen habe deutlich zugenommen. Zonen der Unsicherheit breiten sich wieder aus.

So wurde im Spin Boldak Distrikt in Kandahar eine Gruppe Mediziner von einem Selbstmörder angegriffen. Die Mediziner sollten für die Vereinten Nationen Kinder gegen Polio impfen, zwei Doktoren der WHO und ein Fahrer

der Vereinten Nationen wurden getötet. Die afghanische Regierung selbst erklärt, dass von 400 Distrikten allein 12 außerhalb ihrer Kontrolle seien.

Und doch „der negative Trend kann verändert werden“, sagt der Generalsekretär. Und er sagt auch, wie das geschehen kann. Die Konferenz im Juni von Paris ist dafür der Schlüssel. 80 Länder haben sich auf ein festes Zusammenhandeln verpflichtet und einen Fahrplan beschlossen.

Mit 21,4 Milliarden \$ wird in die Entwicklung Afghanistans investiert. Die einzusetzenden Mittel werden die Ziele verwirklichen, die im Afghanistan Pakt beschrieben sind. Jetzt kommt es darauf an, diese Verpflichtungen durchzusetzen.

Erfolg wird Afghanistan dann haben, wenn es mit vereinten Kräften gelingt, im Land selbst einen „großen politischen Sprung nach vorn“ zu machen, wie der Generalsekretär das in seinem Bericht nennt. Deshalb muss auch klar benannt werden, was in Afghanistan schief geht und das stärker gefördert wird, was in Afghanistan gut geht.

Die Afghanen selbst sollen hautnah landesweit die Fortschritte erfahren, in für sie und ihre Familien sofort spürbaren Ergebnissen. Sie selbst müssen es sein, die direkten Nutzen ziehen aus der Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft. Sie müssen mit eigenen Augen sehen, dass ihre Gegenwart sich verbessert, mit eigener Hände Arbeit Schulen für ihre Kinder bauen, Wasserkanäle wieder herstellen, die Energieversorgung sicher stellen.

Sie müssen miterleben können, dass das, was sie sagen auch gehört wird, aufgenommen wird von den lokalen, den regionalen, den nationalen Abgeordneten, die sie gewählt haben. Sie müssen sehen können, dass Korruption bekämpft wird und Kompetenz gefordert aber auch anerkannt wird.

Die Zivilbevölkerung muss geschützt werden, auch gegen nicht beabsichtigte Gefahren, die von militärischen Operationen ausgehen, wenn sie für die Regierung eingesetzt werden.

Die Internationale Gemeinschaft muss das Vertrauen der Menschen in ihre zivilen und militärischen Handlungen immer neu gewinnen, fast wichtiger noch in ihre eigene Regierung. Deshalb, sagt Ban Ki Moon ist es nötig, die Richtung und die Geschwindigkeit allen Handelns zu ändern.

Entscheidend wird sein, ob Afghanistan rasch und klar sieht, dass ein neuer Kurs eingeschlagen wird und dass diese Anstrengung Ergebnisse zeitigt.

Die Beschlüsse von Paris sind eindeutig – sie unterstreichen die in Kabul selbst erarbeitete Nationale Strategie für Entwicklung.

Sie will drei Ziele verwirklichen:

- (1) vertrauenswürdige Institutionen schaffen
- (2) Landwirtschaft verbessern
- (3) Energiebasis ausbauen

Mit diesen Zielen vereinbart die afghanische Regierung mit der Internationalen Gemeinschaft, die Korruption besser zu bekämpfen und den Mittelabfluss effizienter zu machen.

Die Verpflichtungen von Paris sind Instrumente, die schiefe Ebene auf der das Land abzurutschen droht, in eine andere Richtung zu drehen.

Es kommt darauf an, dass die Afghanen selbst sich daran machen ihre Gegenwart selbst in die eigenen Hände zu nehmen. Das wird zu einer neuen Quelle des Vertrauens, die Afghanistan mit der Internationalen Gemeinschaft verbindet.

Wer in die Wirklichkeit des Landes blickt, erkennt Alarmzeichen. Werden sie als Aufruf zu gemeinsamem Handeln aufgefasst, dann können aus den Worten Taten werden.

Und die sind dringend erforderlich und, falls nötig, auch eine veränderte Politik.

Kai Eide hat im Weltsicherheitsrat dafür geworben, die auf Provinzen orientierte Vergabe von Entwicklungshilfe aufzugeben. Dies würde Afghanistan zersplittern und der Selbstverantwortung, "Ownership", zuwiderlaufen. Diese Kontroverse muss rasch geklärt werden. Ebenso geklärt werden muss auch, ob Versuche der inneren Versöhnung unterstützt werden sollen.

Aus Paris und London ist zu hören, früher oder später seien Schritte zur Versöhnung ohnehin unverzichtbar. Teheran und Islamabad, auch New Delhi und Moskau melden Vorbehalte an. Iran wendet sich gegen eine „Appeasement-Haltung“, weil Extremisten sich nie mit weniger abfinden, als sie in der Zeit ihrer Herrschaft besaßen.

In der Tat - die Taliban haben sich umgruppiert, sind neue Allianzen eingegangen - islamische Kämpfer aus Zentralasien, arabischen Ländern haben sich mit pakistanischen Gruppen zusammen getan, auch mit Dschihadisten aus Europa.

Sie wollen die Gesamtregion terrorisieren, den Kampf des Mahdi gegen die Kräfte des Bösen führen. Ausbildungslager wurden gegründet, militarisierte Madrassas, weg von Kashmir hin zu Grenzregionen zwischen Afghanistan und Pakistan.

Britische koloniale Administratoren früher, pakistanische Autokraten später, beide haben versucht, die paschtunischen Stämme zu beeinflussen.

Zumeist sind sie gescheitert. Etwa 1000 km lang ist diese Grenze, zerklüftet, porös - Waffen, Drogen, Menschen, auch gewaltbereite finden ihre Wege. Die sieben halbautonomen Stammesgebiete sind Fluchträume geworden, hier können Terroristen sich festsetzen.

Die Federally Administrated Tribal Areas, FATA, ist ihre Kernregion, in unmittelbarer Nachbarschaft von Peshawar.

Erfolg oder Niederlage hier, etwa im Bezirk Bajaur, entscheidet über die Zukunft der paschtunischen Stämme.

Vor einem Jahr noch haben Kabul und Islamabad versucht, über lokale Friedenskonferenzen, Peace- Jirgas, eine Verständigung von unten zu schaffen. Unglücklicherweise hat sich die Militanz der Dschihadisten seither verschärft.

Warum? Liegt nicht eines der Gründe für die wachsenden Spannung darin, dass die konkreten Hoffnungen darauf, materielle Anreize könnten die

erschreckenden Lebenslagen unter denen viele dort leiden verbessern, zerstört worden sind?

Soziale Verwerfungen, ökonomischer Niedergang, kulturelle Radikalisierung, religiöser Fanatismus gehen unheilige Allianzen ein. Zündschnüre liegen offen, für Demagogen ein leichtes, sie an zu zünden.

Frank- Walter Steinmeier hat die außerordentlich große Gefahr dieser Lage erkannt. Deshalb hatte er die beiden Außenminister Pakistans und Afghanistans nach Potsdam zum G8- Treffen eingeladen. Eine aktive deutsche Außenpolitik hilft mit, das regionale Umfeld in ein Netz der Kooperation einzubetten.

Afghanistan, Indien, Pakistan und Turkmenistan haben sich auf ein gemeinsames Projekt verabredet, mit der trans- afghanischen Gas- Pipeline in 2010 zu beginnen.

Mehr noch: Iran und Afghanistan haben den ersten politischen Schritt hin auf ein zweiseitiges Handelsabkommen vollzogen. In Kabul wird es bald ein Zentrum für Lehrerausbildung geben, gefördert von Teheran. Die dreiseitige Kommission Afghanistan, Pakistan und der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen hat erreicht, dass der Zeitraum für die Rückkehr über 2009 hinaus neu geprüft wird. Fast 6 Millionen sind wieder zurück in Afghanistan. Pakistan sichert die freiwillige und sichere Heimkehr zu.

Schließlich war die dreiseitige Initiative von Kabul, Teheran, Islamabad gegründet worden, um enger zusammen zu arbeiten im Kampf gegen Produktion und Handel von Drogen. Das dafür eingerichtete VN- Büro übernimmt in Teheran das Sekretariat dieser Initiative. Am 2. August vereinbarten Präsident Karsai und Ministerpräsident Gillani eine Reihe beiderseitiger Zusammenarbeit, eingeschlossen die Vorbereitungen für die nächste Friedens- Jirga.

Kai Eide setzt sich hervorragend ein, um das Potential für die regionale wirtschaftliche Entwicklung besser auszuschöpfen. Dabei hat er besonders im Blick, die Bereitschaft im Iran wie in Pakistan zu festigen, gemeinsame Verantwortung für ein sich stabilisierendes Afghanistan zu wecken.

Steigt die Region ab ins Chaos? Ahmed Rashid ist in seinem soeben veröffentlichten Buch "Descent into Chaos" dieser Frage nachgegangen.

Was ist falsch gelaufen? Wo liegt die Zukunft Pakistans und Afghanistans? In den USA, so Rashid, sei nicht verstanden worden, wohin die Taliban gehörten.

Weder seien sie Afghanen noch Pakistani. Sie sind „Verlumpfte, das Ergebnis von Flüchtlingslagern, militarisierte Madrassas, und dem Ausbleiben von Lebenschancen der Menschen die im Grenzland zwischen Pakistan und Afghanistan ihr Dasein fristen.“ (S. 401)

Weil die Nationsbildung nicht gelungen ist, sind Millionen desillusioniert, viele Muslime werden Rekruten für Al Qaeda. Und doch, trotz alledem, sieht Rashid Anzeichen einer Trendumkehr. Wenn die afghanische Elite die Neugeburt der afghanischen Nation voran bringt, dann hat das Land eine Chance.

Allerdings muss die Elite diese Chance jetzt ergreifen, indem sie sich für gutes Regierungshandeln fähig macht und lernt, ihrem Volk zu dienen und die Spielräume nutzt, nämlich, die Fesseln zu lockern - Stammeshörigkeit, Sektierertum, Korruption.

Sie muss die Verstrickung in die Gewaltökonomie angreifen, die Drogenmafia. Sie muss Verantwortung übernehmen für ihre Nation.

Karsai muss sich lösen aus der Abhängigkeit von Kriegsfürsten und Dieben, muss mehr Rücksicht nehmen auf die Mehrheit.

Die Internationale Gemeinschaft muss die Taliban stellen, sie in Schach halten, ihr empfindliche Niederlagen zufügen. Und sie muss die Aufgaben besser zusammenführen:

Militärisch kämpfen, gutes Regierungshandeln stärken, Wiederaufbau vorantreiben.

„Der islamistische Extremismus blüht im politischen Vakuum. Solange sie sich zurückziehen können im unsicheren Grenzland bleiben sie eine große Gefahr für die Region. Einfache Lösungen in einer Region, die vor 9/11 traumatisiert war, gibt es nicht. Aber die Völker und Regimes müssen verstehen, dass sie in dem Chaos untergehen werden, indem sie sich befinden, es sei denn, sie treiben ihre Nationen zu mehr Demokratie voran.“
(S. 404)

Rashid schließt mit dem Gedanken:

Afghanistan hat das Potential dazu. „Wenn wir besser verstehen, was zuvor geschah, was falsch ging, was richtig gemacht werden muss, dann mag es uns gelingen, unserer gemeinsamen Zukunft ins Gesicht zu sehen.“

Wer dem Antrag der Bundesregierung zustimmt, der teilt die schwache Hoffnung, die in diesem Gedanken liegt. Aber sie ist die einzige Hoffnung. Sie gibt Afghanistan die Chance, diese Hoffnung stark zu machen.

Veröffentlicht am 16.10.2008